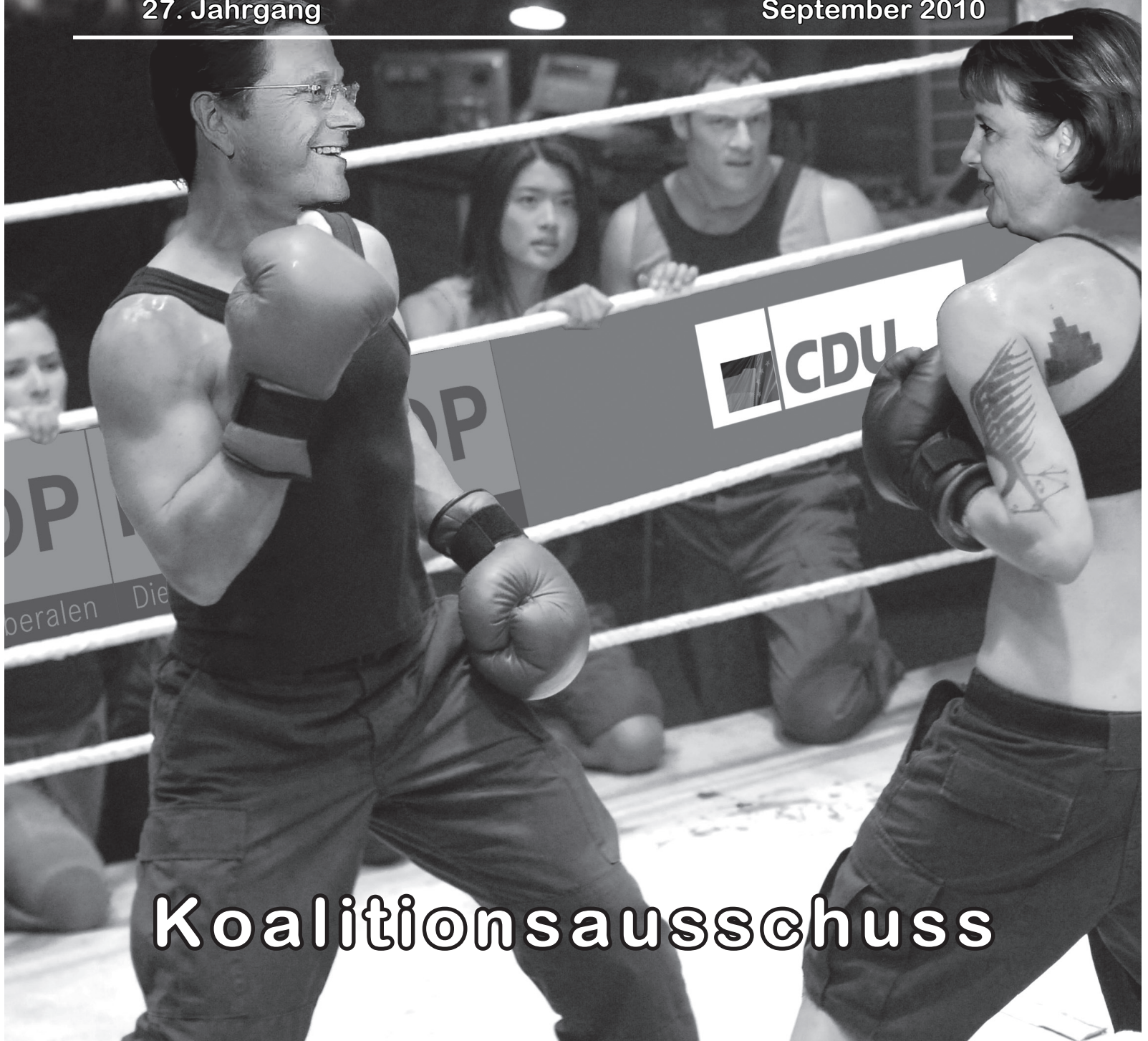


DER STACHEL

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

27. Jahrgang

September 2010



Koalitionsausschuss

Starschnitt <i>Bewegung 8. Januar</i> Seite 3
Abschiebung <i>Ins Nichts</i> Seite 4/5
The Wall <i>Du kommst hier nicht rein!</i> Seite 6
Auslaufmodell <i>90 - 60 - 90?</i> Seite 7
Wahl-Journal <i>Was wählt die GEZ?</i> Seite 8
Schutz <i>Wieso erst jetzt?</i> Seite 9

Impressum



Herausgeber:

Juso-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde,
Moritz Deutschmann
(V.i.S.d.P.),
Kleiner Kuhberg 28-30,
24103 Kiel,
www.jusos-rd-eck.de

Chefredaktion:

Götz Borchert,
(goetz@jusos-rd-eck.de)

Redaktion:

Moritz Deutschmann
Felix Deutschmann
Maïke Voss
(stachel@jusos-rd-eck.org)

Layout:

Tobias Seidel
(jusos@tobiasseidel.eu)

Auflage:

800

Druck:

Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel



Tramp

Endstation Sehnsucht
Seite 10/11

EU

Schaulaufen
Seite 12

Olé

Der spanische Patient
Seite 13-15

Bildungs-Discount

Is das kluck?
Seite 16/17

Thomas fragt.

Sigmar schweigt?
Seite 17/18

Diskussion

Ich bin doch nicht blöd
Seite 19

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem 08. Januar haben wir bei den Jusos in Rendsburg Eckernförde einen neuen Kreisvorstand!

Kreisvorsitzender bin ich, Moritz Deutschmann. In meinem Ausweis steht, ich hätte blau- grüne Augen und ich soll um die 20 Jahre alt sein

Gewählt wurde ich, mit 24 von 24 möglichen Stimmen, was mich immer noch baff macht. Als meine StellvertreterInnen hat die Kreiskonferenz Fabian Stegner aus Bordesholm, Christian Richard Kalhöfer aus Neu Duvenstedt, Götz Borchert aus Dänischenhagen und Charmaine Anandaraj aus Eckernförde gewählt. Kreisgeschäftsführer ist Kai Treptau aus Bordesholm. Auf unserer Klausurtagung haben wir Maike Voß aus Brekendorf kooptiert.



Fabian ist 18 Jahre alt, glaub ich. Also, er ist es, aber sicher sind wir uns nicht immer. Er ist sehr engagiert beim Thema Antifaschismus und hat ein Fabel für Feminismus.

Richard (das Christian lassen alle weg!) ist 19 und darf noch etwas zur Schule gehen. Er betreut unsere Homepage und hat die zweitbeste Haarfrisur im Vorstand.

Götz ist der Vorstands- Opa und hat sich in der letzten Zeit in Spanien rumgedrückt. Angeblich hat er da gearbeitet, ich vermute aber

Ballermann und Co. Er ist der, der alles weiß und uns in eigentlich allen Situationen (sogar beim Fußball) weiterhelfen kann.



Chari(-maine höre ich äußerst selten) ist das Comebackkid der Truppe. Sie hat zwischen- durch die Arbeit im KV niedergelegt, ist nun aber in alter Frische zurück und ist der Kreativherd unserer Arbeit.

Und Kai macht das, was wichtig ist: Geld. Also, Geld ist mir persönlich relativ egal, aber als Verband der politisch arbeitet, sind wir darauf angewiesen. Und dafür ist Kai der richtige Mensch!

Und die Maike ist frisch im Team. Sie ist unsere Frau wenn es um das Thema Gesundheit geht. In dieser Richtung studiert sie nun auch. Wir können froh sein, dass dieses Thema nun auf unserem Zettel steht, da wir es, zugegebenermaßen, in der Vergangenheit eher vernachlässigt haben.

Wir haben nun die Aufgabe die Geschicke unseres KV's in diesem Jahr zu steuern. Und ich glaube, das wird nicht unser schlechtestes Jahr! Wir planen ein Seminar zum Thema „solidarische Wirtschaftsordnung“ und haben diverse Ideen zu den Themen Atomkraft, Gesundheit und für die Zukunft der SPD.

Moritz Deutschmann
Juso-Kreisvorsitzender

Keine Abschiebung der RAE in den Kosovo!

Informationen und Zitate aus der Veranstaltung: Europa Akzente „Keine Abschiebung!“. Zur Situation der Sinti in Südosteuropa vom 17.5.2010 im Kieler Landeshaus. Die Veranstaltung wurde von der Landtagsfraktion der SPD und speziell von Rolf Fischer durchgeführt und geleitet.

Wir, die Jusos RD-ECK, sind gegen eine Abschiebung von Roma, Ashkali und Egypt in den Kosovo! Roma, Ashkali und Egypt sind ethnische Minderheiten im Kosovo. Mit zirka 9-14 Millionen Menschen sind sie die größte transnationale Minderheit in Europa. Im Jahre 2010, dem Jahr der Bekämpfung der Armut und gegen Abgrenzung, beschließt die

Bundesregierung die Abschiebung von Roma, Ashkali und Egypt in den Kosovo.

Auf welche Zustände die „Abgeschobenen“ treffen, scheint die Bundesregierung zu ignorieren, obwohl diverse erschreckende Meldungen existieren.

Nebenbei der Begriff Abschiebung entstammt der NS Terminologie. Schon in den 20er Jahren gab es eine begrenzte Anzahl von Lagern, in denen auszuweisende Ausländer interniert waren. Während der Hitlerdiktatur wurden Abschiebungs- bzw. Internierungslager für Ausländer zu einer systematischen Völkermordmaschinerie ausgebaut. Das Wort „Abschiebung“ entstand 1938, als Himmler die Ausweisung

von 18000 polnischen Juden verkündete. Mit der Kapitulation der Deutschen verschwand das Wort „Abschiebung“ aus dem deutschen Wortschatz. Erst 1991 taucht dieses Wort im Paragraphen 57 im Ausländergesetz wieder auf! *

Oftmals wird auch der Begriff „Rückführung“ oder „Zwangsrückführung“ verwendet. Natürlich stellt diese Rückführung einen Zwang dar, denn freiwillig möchte keine/r sich den Gefahren und sogar der Angst um sein/ihr Leben aussetzen.

Doch bevor eine Abschiebung stattfinden kann, wird der gesundheitliche Zustand der abzuschiebenden Menschen überprüft. Deutschland würde keinen Menschen mit einem gesundheitlich kritischen Zustand abschieben! Oder doch?

Fakt ist, dass Menschen mit schweren psychischen Problemen, Diabetes, Asthma, Bluthochdruck oder anderen schwerwiegenden Krankheiten für den/die Flug/Reise fit gespritzt werden. Frei nach dem Motto „fit-to-fly“.

Sie bekommen einen gesundheitlich hinnehmbaren Reisezustand verschrieben und ab geht die Post, um es mal salopp zu formulieren.

Psychisch kranke Menschen erhalten für ihre Reise noch einen Begleitschutz, damit sie sich auf der Reise nicht das Leben nehmen können!

Wenn nun die Reise überstanden



wurde, sehen sich die abgescho-
benen Menschen weiteren Pro-
blemen ausgesetzt. Sie sind im
Kosovo unerwünscht, weil ihnen
die Kollaboration mit dem Serben
vorgeworfen wird
und sie die ohnehin
im Kosovo schwie-
rige Arbeitsmarktsi-
tuation erschweren. Im Kosovo
herrscht eine Arbeitslosenquote
von 42-43 % (2008).
Die Wohnungssuche gestal-
tet sich ähnlich schwierig, denn
ohne Arbeit kein Geld, ohne Geld
kein/e Haus bzw. Wohnung. Auch
die ursprünglichen Häuser der
abgeschobenen Flüchtlinge sind
zum Teil zerstört, zum Teil be-
setzt.

Da die Roma, Ashkali und Egypt
keine schriftlich fixierten Besitztü-
mer haben, besteht keine Mög-
lichkeit mehr, in alte Wohnmög-
lichkeiten zurück zu kehren. Auch
eine medizinische Versorgung ist
ohne finanzielle Mittel nicht ge-
währleistet, da alle medizinischen



Serpil Midyatli, MdL

Maßnahmen selbst bezahlt wer-
den müssen.

Unterstützung vom Staat erhält
nur, wer sich vor der Flucht aus

„Der Zustand ist unerträglich“

dem Krieg hat registrieren lassen.
So bleibt den Meisten nur die In-
anspruchnahme der vom Staat
vorbereiteten Slums, speziell für
Roma, Ashkali und Egypt, wo sie
keine inländischen Menschen be-
lästigen!

Aber halt, es gibt doch das URA 2
Projekt aus Deutschland. URA ist
albanisch und bedeutet „die Brü-
cke“. Dieses Projekt besagt, dass
Soforthilfen zur Beschaffung von
Wohnraum, Einrichtungsgegen-
ständen oder benötigter Medizin
zu nutzen bzw. an beruflichen
Fortbildungs- oder Arbeitsförder-
maßnahmen und Existenzgrün-
dungsschulungen teilzunehmen,
da von kosovarischer Seite kei-
nerlei Integrationspläne existie-
ren.

Jedoch greift das URA 2 Pro-
gramm nur, wenn die abgescho-
benen Menschen in dem zuge-
wiesen Gebiet bleiben. Die Slums
liegen aber meist außerhalb und
so bleibt das Projekt ohne posi-
tive Folgen für die Roma, Ashkali
und Egypt und sie bleiben dem
Staat Kosovo, der nicht an der
Menschenwürde der Minderhei-
ten interessiert ist, ausgesetzt.
Weitere finanzielle Unterstützung
aus Europa fließt entweder über

den Handelsweg zurück nach Eu-
ropa oder versickert im korrupten
Staat.

Die Roma, Ashkali und Egypt „le-
ben“ ebenfalls ohne rechtlichen
Anspruch auf poli-
zeiliche Hilfe im ab-
gekapselten Slum.
Es gibt keine Verfol-
gung von Übergriffen auf Ashkali,
Egypt.

Eine Zahl zum Abschluss, 2/3 der
in den Kosovo Abgeschobenen
verlassen das Land umgehend
wieder, um einen neuen Asylan-
trag in einem anderen Land zu
stellen.

Die Jusos RD-ECK fragen sich:
Sind diese Zustände mit der
deutschen und der europäischen
Verfassung konform?—Definitiv
Nein!

Zitate:

Martin Link (Geschäftsführer des
Flüchtlingsrates SH):

„Die europäische Solidarität ist
gering!“,

„Wir haben gute Gründe, auf-
grund unserer Geschichte aktiv
zu werden!“

Serpil Midyatli :

„Der Zustand ist unerträglich“

*Quelle: (Hubert Heinhold, Ab-
schiebehaft in Deutschland, Her-
ausgegeben von ProAsyl, Loeper
Literaturverlag 2004, Seite 135)

Felix Deutschmann

Festung Europa.

Was ist eine Festung?

Eine Festung ist ein Schutz vor Feinden. Ein Versicherung für das eigene Wohl. Eine Festung dient der Abschreckung vor Angriffen. Bestehen Festungen immer aus großen Steinmauern?

Ich sage NEIN. Es gibt durchaus andere Erscheinungen auf dieser Welt, die einer Festung nicht unbedingt ähneln, aber genau deren Zweck erfüllen.

Schritt und Tritt zu verfolgen der von Nicht-Europäern getätigt wird.

Es gibt vor Europas Küsten ein enormes Aufgebot an Landeswehren und Landespolizisten. Jedes Schiff wird geprüft und gefilzt damit kein „illegaler“ Einwanderer ins Land kommt. Sie schicken Ruderboote besetzt mit zum Beispiel Afrikanern nach einer 1000Km langen Reise

Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an „die Würde und den Wert der menschlichen Person. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Wenn ich an einer künstlich geschaffenen Grenze abgewiesen werde dann ist das ein Verstoß! Wenn ich nicht das gleiche Recht habe wie z.B. ein Europäer, dann ist das ein Verstoß! Wenn mir in Not nicht geholfen wird, dann ist das ein Verstoß... Ich könnte noch stundenlang weitere Verstöße aufzählen, doch was bringt es, wenn die Hilferufe und Warnungen immer nur abgewiesen werden, verstummen und die Missstände nicht aufgedeckt werden.

Menschen die nicht wegschauen werden jedoch der Schleuserei angeklagt und müssen sich vor Gerichten rechtfertigen, weil sie Menschen das Leben retten wollten. (Stefan Schmidt, Kapitän der „Cap Anamur“ und seine Crew)

Hauptsache uns geht es gut. Hauptsache Europa geht es gut. Hauptsache wir schenken Afrika 11 Fußballstadien, damit wir als die großen menschlichen Retter da stehen, aber eigentlich suchen wir nur unseren eigenen Nutzen darin.

Menschen..schaut hinter die Kulissen. Verschließt nicht die Augen.

Felix Deutschmann



Was meine ich?

Ich meine „Die Festung Europa“. Eine künstlich geschaffene Festung, deren Aufgabe es ist ungebetene Gäste zu verscheuchen und ihnen bewusst zu machen, dass man nicht einfach in das heilige Europa eintreten darf. Die europäische Union ist nun mehr seit ein paar Jahren dabei, die Festung um Europa immer enger zu schnüren und jeden

einfach schnurstracks wieder zurück ohne ihre Anfragen auf Asyl wahrzunehmen und ohne ihnen einen Schutz zu gewährleisten, damit diese Menschen eine sichere Reise haben. Ohne Trinken, ohne Nahrung!

Ich sehe hier einen glasklaren Verstoß gegen die Menschenrechte. Die zum Beispiel besagen: „*Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt*“, und

Dick, doof und arm?

Die Stigmatisierung von Dicksein und den angeblichen Folgen von Übergewicht im öffentlichen Diskurs haben bedenkliche Ausmaße angenommen. In der Kategorie des Body-Mass-Index gelten zwei Drittel aller Männer und mehr als die Hälfte aller Frauen als zu dick und gleichzeitig glaubt eine Mehrheit der Bevölkerung, Übergewicht sei selbstverschuldet (weil „die Dicken nunmal zu viel essen und sich zu wenig bewegen“).

massiven Anstieg des Umsatzes mit Diät- und Schlankheitsprodukten verzeichnet bis hin zu kommerziellen Diätprogrammen wie Weight Watchers und Teilen der Lebensmittelindustrie, die die angeblich besonders gesunden Bio- oder Light-Produkte anbieten.

Auch die politischen Implikationen, die mit der Stigmatisierung von dicken Menschen einhergehen, sind Wenigen bewusst: Übergewicht widerspricht den

Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stehen häufig die „dicken Kinder“, die von der gegenwärtigen Übergewichtshysterie am meisten betroffen sind. Der Bremer Soziologie Friedrich Schorb beschreibt in seinem Buch „Dick, doof und arm?“, dass nur 15% aller Kinder als zu dick gelten, sich aber in manchen Altersgruppen mehr als 50% zu dick fühlen. Expert/innen betonen, wie furchtbar dicke Kinder gehänselt würden und empfehlen dann als Lösung Diätprogramme. Kinder erfahren also schon im Kindergarten, dass sie so, wie sie sind, nicht in Ordnung sind und nicht in die ästhetischen Kategorien der Gesellschaft passen (z.B. Größe 38 als oberste Grenze). Anschließend wird sich dann über Ausgrenzung dieser Kinder bereits in der Grundschule gewundert.

Grund genug also, sich mal damit zu beschäftigen, wie unsere ästhetischen Kategorien und Ansprüche an uns selbst und andere überhaupt zu Stande kommen und wie sie von gesellschaftlichen Erwartungen geformt werden. Auch muss es ein Bewusstsein dafür geben, dass Verhaltensweisen nicht immer frei wählbar sind. Und dafür, dass es toll ist, sich dem Spaß des Verzehrs von Schokolade oder fetttriefender Currywurst auch mal ungehemmt hingeben zu können.

Elena Pieper



Warum die Grenzen für Übergewicht oder Adipositas (bewusst) so niedrig angesetzt sind, dass in allen Industrieländern die Bevölkerungsmehrheit als zu dick gilt, fragt kaum jemand. Ebenso wenig wird thematisiert, wer vom allgemeinen Schlankheitswahn profitiert: Das reicht von der Pharmaindustrie, die regelmäßig zu den Sommermonaten einen

Idealen einer Leistungsgesellschaft. Denn nur „bewusster“ Konsum gilt als Nachweis von Disziplin und Leistungsbereitschaft und ist somit Voraussetzung für gesellschaftlichen Aufstieg. Wer also seine/ihre employability ernsthaft fördern möchte, verzichtet auf Nutella zum Frühstück und greift stattdessen lieber zur fettarmen Putenbrust.

Alle außer die Linke!

Steffen Seibert vom „heute-Journal“ ist neuer Regierungssprecher, sagt aber, er habe schon jede im Bundestag vertretene Partei „mit Ausnahme der Linken“ gewählt.

Das stellt sich doch die Frage: „Was wählen die Mitglieder unserer Fernsehlandschaft eigentlich?“

Als Konsumenten sind wir der Meinung von JournalistInnen fast ohne Unterbrechung ausgesetzt. Das „heute Journal“ twittert und Günther Jauch erscheint uns regelmäßig in Pops.

Umso größer ist der Reiz zu erfahren, was unsere regelmäßigen BegleiterInnen wählen.

Günther Jauch macht sich für soziale Projekte stark- ganz klar,



ein Linker! Aber.. er macht auch Werbung für CDU- Kampagnen in Berlin- ganz klar, ein Rechter!

Es ist schwer zu sagen, wer aus unserer Fernsehlandschaft was wählt. Und wir werden diese Frage wohl auch nicht beantworten können.

Aber irgendwie ist das auch verständlich, dass uns diese Frage bewegt. Diese Menschen sind abhängig davon, was wir LeserInnen von ihnen Denken. Wählt eine Person die falsche Partei, kann das ganz schnell ein Abschaltgrund sein! Also handelt mensch mit Bedacht.

Jedoch ist die Politik durchaus bemüht, bekannte TV- Gesichter vor den eigenen Karren zu spannen- und schafft dies teilweise auch. Ottfried Fischer macht offen Wahlkampf für die SPD und Sky du Mount verschweigt sein FDP- Parteibuch nicht. Er hat bei der letzten Bürgerschaftswahl in einem TV-Spot für die Hamburger Liberalen mitgespielt. Katharina Saalfrank, die „Super Nanny“, ist Mitglied der SPD und mischte sogar im letzten Bundestagswahlkampf mit.

Aber wie ist das bei Stefan Raab? Oder Harald Schmidt?

Über Claus Kleber stand mal in der



Zeitung, er solle der neue Chefredakteur des Spiegels werden. Ein Linker also! Dann wurde bekannt, dass er Mitglied der Studentenverbindung A.V. Guestfalia Tübingen war. Ein Rechter also!

Raab sagte mal „Ihr wollt wissen wie ich wähle? Ganz einfach: alle vier Jahre, meistens sonntags in einer Wahlkabine“.

Und Harald Schmidt singt in seiner Sendung „die Internationale“, gibt fünf Minuten später aber wieder den klassischen Kapitalisten.

Diese Sprünge zeigen, wie schwer es ist eine eindeutige Meinung auszumachen.

Vielleicht ist das auch besser so, denn diese Menschen erzählen uns von Geschehnissen des Alltages, kommentieren diese und geben so auch ihre Meinung preis. Passierte dies im Überfluss, würden einige Menschen wohl von ihrer Meinung geprägt und das Fernsehen hätte zu viel Einfluss. Somit würden auch JournalistInnen mit faschistischen Meinungen ihren ZuschauerInnen diese aufdrücken können.

Das wollen wir nicht und so ist es vielleicht besser, wenn wir allabendlich nur drüber nachdenken und uns nicht in einer enttäuschten Gewissheit befinden..

Moritz Deutschmann

Kein Schnitt ins Leben!

Wenn es nach den Landesregierungen der Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg geht, soll die weibliche Genitalverstümmelung als eigener Straftatbestand ins Strafgesetzbuch (StGB) aufgenommen werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im Februar dieses Jahres vom Bundesrat beschlossen und ist nun zur weiteren Beratung an den Bundestag weitergeleitet. Ein Schritt vorwärts im Kampf gegen die schwere Menschenrechtsverletzung?

Mit der Bundesratsinitiative versuchten die beiden liberalen Landesminister Jörg-Uwe Hahn und Ulrich Goll noch einmal, was der FDP-Fraktion im Bundestag der letzten Legislaturperiode misslungen war. Damals hatte die Große Koalition den Gesetzentwurf, der unter anderem vorsah, die weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, kurz: FGM) in jedem Fall als schwere Körperverletzung zu ahnden, abgelehnt. Laut Initiative soll FGM nun eigener Straftatbestand werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, die Durchführung dieser Praxis als „Auslandstraftat“ verfolgen zu können. Das ist vor allem für die Fälle wichtig, bei denen in Deutschland lebende Eltern ihre Töchter zur Genitalverstümmelung ins Ausland bringen.

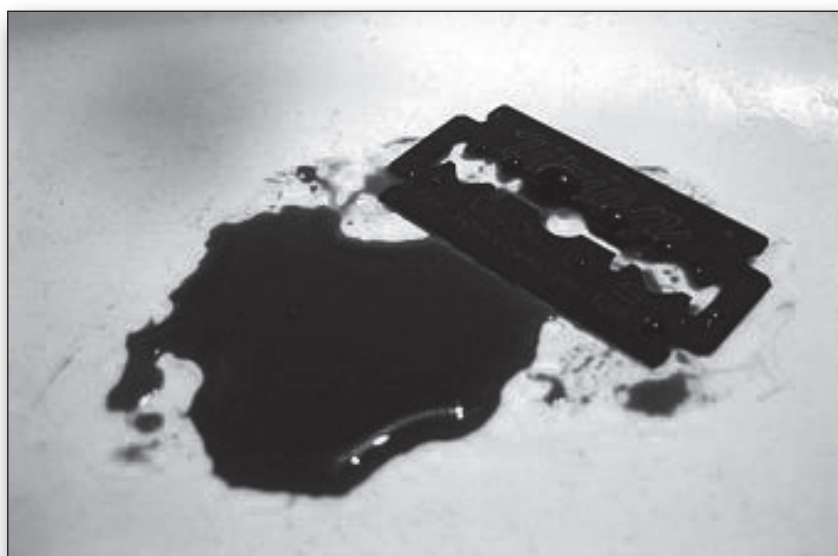
Die Gesetzesinitiative zeigt, dass das Bewusstsein dafür gestiegen ist, dass weibliche

Genitalverstümmelung nicht nur in afrikanischen Ländern ein schwerwiegendes Problem darstellt. Nach Schätzungen der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes leben in Deutschland mehr als 20.000 von FGM betroffene Frauen. Mindestens 5.000 Mädchen sind davon bedroht, an ihren Genitalien verstümmelt zu werden. Die betroffenen Mädchen und Frauen leiden lebenslang unter den Konsequenzen der Praxis, bei der neben der Klitoris meist auch Teile der Schamlippen abgeschnitten werden. In 15% der Fälle wird die Vagina bis auf eine winzige Öffnung zugenäht. Die Folgen der Verstümmelung sind Schmerzen und Komplikationen beim Wasserlassen, bei Menstruation, Geschlechtsverkehr und Entbindungen.

In vielen Fällen wird die Verstümmelung jedoch nicht in Deutschland vorgenommen, sondern die

Mädchen werden beispielsweise bei einem Urlaub im Heimatland der Eltern beschnitten. Diese Taten können mit der bisher gültigen Rechtslage aber nicht immer verfolgt werden. Die Schaffung eines eigenen Straftatbestandes weibliche Genitalverstümmelung und dessen Aufnahme in den Katalog der Auslandsstraftaten sorgt für Rechtsklarheit und die Gleichbehandlung aller Fälle. Auch trägt sie als eindeutiges Signal, dass diese schwere Menschenrechtsverletzung nicht toleriert wird, zum Schutz bedrohter Mädchen und Frauen bei.

Um aber auch den Problemen der Frauen gerecht zu werden, die bereits als Betroffene nach Deutschland kommen, und umfassenden Schutz für gefährdete Mädchen zu gewähren ist es mit einer Gesetzesänderung nicht getan. Das Beratungsangebot für betroffene Frauen und ihre Familien muss ausgeweitet werden.



Mitarbeiter/innen des Gesundheitssektors, sowie Lehrer/innen, Erzieher/innen, Polizei und Justiz müssen in ihrer Ausbildung für die Thematik geschult werden. Für eine Stärkung der Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung ist es erforderlich, dass bundesweit alle Kinder an ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen, die auch genitale Checkups beinhalten. Für Ärzt/innen, die feststellen, dass ein Mädchen bereits an ihren Genitalien verstümmelt ist, muss es eine Meldepflicht geben, denn dann sind Schwestern und Cousins

des Mädchens extrem gefährdet und müssen wirksam geschützt werden.

All dies sind aber Maßnahmen, die nicht, wie eine Änderung des StGB, umsonst zu haben sind. Zu ihrer Umsetzung gehört also ernsthafter politischer Wille, etwas gegen die schwere Menschenrechtsverletzung an Mädchen und Frauen zu tun und es nicht bei symbolpolitischen Initiativen bewenden zu lassen.

Elena Pieper



Straßenbahn from within

Um die Innenstadt vom alltäglichen Verkehrschaos und der dadurch entstehenden Luftverschmutzung zu befreien, hat Ehud Olmert, der von 1993 bis 2003 Bürgermeister Jerusalems war, den Bau eines Straßenbahnnetzes auf den Weg gebracht. Seit mittlerweile 4 Jahren wird nun die erste Straßenbahnlinie von Pisgat Ze'ev zum Mount Herzl gebaut.

Hierbei wurde die Form eines BOT-Projekts gewählt: Private Unternehmen übernehmen den Bau (Build), erhalten für dreißig Jahre die Betreiberrechte (Operate) und übergeben dann das Unternehmen der öffentlichen Hand (Transfer). Nach der öffentlichen Ausschreibung im Jahr 2000 erhielten zwei in Frankreich beheimatete Global Player den Zuschlag: Alstom für den

Straßenbahnbau und Connex, ein Zweig des Veolia-Konzerns, als Betreiber. Im Vertrag vom Juli 2005 ist das Unternehmensziel festgeschrieben: Bis 2009 sollen auf einer 18,3 Kilometer langen Strecke zwischen Pisgat Ze'ev im Nordosten der Stadt und dem Mount Herzl im Südwesten fünf- undzwanzig Straßenbahnzüge verkehren, die jeweils 500 Passagiere fassen.

Wie das meiste, was in Jerusalem geschieht, ist auch der Bau dieser Straßenbahn ein Politikum. Denn die Streckenführung beschränkt sich nicht auf West-Jerusalem, sondern beginnt im Osten der Stadt, also in besetztem Gebiet. Zwar soll die Straßenbahn sowohl durch israelische Stadtviertel wie Pisgat Ze'ev oder den French Hill als auch durch arabische Gebiete wie Shuafat fahren, aber die Befürchtungen sind groß, dass

auf Grund von Sicherheitsbedenken der Halt der Straßenbahn in den arabischen Vierteln schnell eingestellt werden könnte. Um Konfrontationen zu verhindern, gibt es zur Zeit unterschiedliche Busrouten für Israelis und Palästinenser, die nach Fertigstellung der Straßenbahnroute aber abgeschafft werden sollen. Als weiterer Kritikpunkt wird genannt, dass der Bau der Straßenbahn die israelische Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem unterstütze. Nach internationalem Recht sei die Streckenführung illegal, weil die Siedlungen im besetzten Ost-Jerusalem durch sie mit dem israelischen West-Jerusalem verbunden würden. Nachdem die schwedische Presse intensiv die Beteiligung von Veolia an dem umstrittenen Straßenbahnprojekt debattiert und die politische Ethik des Unternehmens in

Frage gestellt hatte, wuchs der internationale Druck auf die Firma, welche daraufhin Anfang 2009 entschied, aus dem Straßenbahnprojekt auszusteigen. Der Bau der Straßenbahn gestaltet sich zum Teil äußerst skurril: Beispielsweise wurden nicht (wie nahe liegend) einzelne Teile der Trasse nacheinander gebaut, sondern überall gleichzeitig die Straßen aufgerissen um Schienen zu verlegen. Lärmende Großbaustellen verursachen nun jeden Tag noch größere Staus in der Innenstadt und an einigen Stellen ist es für FußgängerInnen fast unmöglich, überhaupt noch Platz zum Gehen zu finden. Auch gibt es Gerüchte, die besagen, dass 25 Züge gekauft wurden, um dann später festzustellen,

dass sie mit den bereits verlegten Schienen gar nicht kompatibel sind. Die Schienen wurden teilweise falsch verlegt, sodass sie anschließend wieder entfernt werden mussten. Diese Pannen führten zu einer ständigen Verschiebung des Fertigstellungstermins (mittlerweile wird von Ende 2011 gesprochen). Am letzten Wochenende wurde die Main Station der Straßenbahn in Pisgat Ze'ev im Rahmen des Events ‚Houses from within‘ erstmals für BesucherInnen geöffnet. Tour-Guides erklärten den vom ersten Straßenbahnprojekt im Nahen Osten maßlos beeindruckten Schaulustigen, dass es an jeder der geplanten Haltestellen Ticket-Automaten geben wird und in jedem der Züge

kleine Ticket-Entwertungsautomaten installiert sind. Schließlich durfte sogar einer der Züge besichtigt werden. Der Optimismus, dass die Straßenbahn bald in Betrieb sein könnte, scheint aber nicht besonders groß zu sein, wie diese unter der israelischen Bevölkerung Jerusalems mittlerweile geflügelten Worte verraten: „Wahrscheinlich erscheint der Messias bevor die Straßenbahn fertig ist.“

Elena Pieper

Dieser Artikel erschien im September 2009 auf dem Internet-Blog www.elenainjerusalem.de.



Die spanische Ratspräsidentschaft 2010

Spanien hatte sich viel vorgenommen – aktuelle Probleme verschiedenster Art haben zwangsweise zur Ernüchterung beigetragen. Die Ratspräsidentschaft ist dennoch positiv zu bewerten.

Spanien hat die Bemühungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, die soziale Komponente im Lissabon-Prozess wieder deutlicher hervorzuheben und den Gleichklang sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Ziele sicherzustellen,

Beschäftigungskrise beherrscht werden. Der europäische Sozialstaat sei ein Erfolgsmodell, das den Neoliberalismus und Neokonservatismus überwunden habe und ausgebaut werden müsse. Stärkung der Zivilgesellschaft, Kampf für Gleichberechtigung und gegen Geschlechtergewalt und Kampf gegen Armut und Ausgrenzung seien zentrale Themen der spanischen Präsidentschaft. In der Migrationspolitik setze Spanien dabei auf Integration und Dialog mit den Herkunftsländern.

und nicht zuletzt steht am Ende der spanischen Ratspräsidentschaft eine neue Strategie für die EU: „Europa 2020“.

Für Spanien ist auch weiterhin der Kontakt zu den lateinamerikanischen Staaten von besonderer Bedeutung. Von daher nahm der EU-LAK(Lateinamerika-Karibik)-Gipfel im Mai in Madrid eine besondere Stellung ein. Umso größer ist das Bedauern, dass dieser Gipfel die Beziehungen zwischen den LaK-Staaten und der EU nur marginal vorangebracht hat. Zur Untergrabung der Bedeutung des



entschieden unterstützt. Von daher war es zu erwarten gewesen, dass mindestens ähnliche Ziele, wenn nicht sogar darüber hinausgehende Wegmarken gesteckt werden würden.

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 sollte nach der Ankündigung des sozialistischen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero von sozialen Themen und der Überwindung der

Angesichts der Wirtschaftskrise und der spanischen Probleme, die durch die Spekulationswelten gegen die sogenannten „PI-IGS“ (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) deutlich verschärft wurden, fanden diese Themen zwar statt, allerdings nicht in der Intensität und mit der Aufmerksamkeit wie es zu wünschen gewesen wäre.

Dennoch konnten einige Dossiers erfolgreich bearbeitet werden

Gipfels trug auch die Abwesenheit einiger Regierungschefs, darunter auch das Fehlen der Bundeskanzlerin Merkel, bei. Man muss sich fragen, ob entsprechende Gipfel von politischen Vertretern ernst genug genommen werden.

Bereits im Januar hatten die Spanier angekündigt, dass man während ihrer Ratspräsidentschaft nicht mit großen Beschlüssen rechnen könne. Ihre Ratspräsidentschaft fiel in

eine Zeit der Vorbereitung und Nachbereitung dieser. Zudem wollte man den neu besetzten Posten des EU-Präsidenten und der „Chefaußenpolitikerin“ ausreichend Raum geben, sich als aktiv Handelnde zu präsentieren. Zugleich konnte Regierungschef Zapatero dennoch hoffen, erneut sein Image durch Internationale Politik zu

verbessern. Dass ihm dies nicht gelang und er, sowie vor allem seine Partei, sich derzeit im Umfragetief befinden, liegt weniger an der Ratspräsidentschaft, als vielmehr an der Wirtschaftskrise, die Spanien einen Arbeitslosenquote von über 20 % beschert. Der Zwang zu drastischen Sparmaßnahmen tat sein Übriges. Der Finanzmarkt verstärkt derzeit

noch den Druck auf Spanien. Angesichts dieser höchst erschreckenden Entwicklungen steht die EU vor ihrer vielleicht größten Herausforderung. Die Spanier haben im letzten halben Jahr besonders hart für Europa gearbeitet. Wir sollten ihnen dankbar sein.

Götz Borchert

Spanien – Spaltung in zwei Spanien?

In der politischen Landschaft Spaniens werden verschiedene Themen diskutiert, die auch uns in Teilen bekannt vorkommen. Ein Überblick.

Wird Spanien noch vom Katholizismus geprägt und ist ein konservatives Land? Es lohnt sich dies zu bestreiten – und das nicht nur weil José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE, Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) seit 2004 eine sozialistische Minderheitsregierung führt. Auch in der Kinderbetreuung, wenn dies im spanischen Fall denn überhaupt das richtige Wort ist, hat man hier im Vergleich mit Deutschland deutlich die Nase vorn.

Die Betreuung der Kleinsten ist in Spanien schon seit Jahren endgültig Teil des Bildungssystems. Damit einher geht das Verständnis, dass außerfamiliäre frühkindliche Erziehung unglaubliche Lern- und Entwicklungschancen für die Kleinsten in unserer Gesellschaft bietet.

Das *Sistema Educativo* ist in mehrere Stufen aufgeteilt und es beginnt mit der *Educación*

Infantil. Dort werden die Kinder zunächst von 0 – 3 Jahren betreut und dann noch einmal im Alter von 3 – 6 Jahren in vorschulähnlicher Art. Da die Spanier vielfach bilingualen Unterricht pflegen, wird hier häufig auch schon spielerisch die Sensibilisierung für die englische Sprache begonnen. Die Nähe der „Kinderbetreuung“ zeigt sich häufig auch dadurch, dass Kindergärten in unmittelbarer Nähe von Schulen, teilweise

sogar ein Teil der Schulen sind. Zuzugeben ist allerdings, dass es in Spanien auch einen großen Anteil privater Einrichtungen gibt, aber auch der Staat macht es möglich, dass Kinderbetreuung jedem und jeder möglich ist. Zugleich wird diese eben eindeutig nicht als ein „Verwahren“ verstanden, sondern als wichtiger Bestandteil des Bildungsweges.

An die *Educación Infantil* angeschlossen ist übrigens die *Educación Primaria*, eine -vereinfacht gesprochen- sechsjährige (!) Grundschulzeit. Danach folgt die E.S.O. (*Educación Secundaria Obligatoria*), eine – ebenfalls vereinfacht ausgedrückt - Gemeinschaftsschulzeit bis zum 16. Lebensjahr. Erst nach 10 Schuljahren werden die Schülerinnen und Schüler also getrennt.

Man muss also nicht immer nach Skandinavien blicken, um Beispiele für längeres,



gemeinsames Lernen und eine umfassende Betreuung und Bildung zu bekommen, auch der Blick nach Spanien lohnt sich.

Eine andere Diskussion in Spanien wird immer wieder um das *Ministerio de Igualdad* (Ministerium für Gleichheit) geführt, das Zapatero eingerichtet hat und dass er mit der 32 Jahre jungen Ministerin Aído Almagro besetzt hat. Diese hat in den letzten Monaten erfolgreiche Anstrengungen unternommen, den Feminismus an den Universitäten zu verankern, wo er Studierenden damit als Forschungsgegenstand offen steht. Aber sie hat auch die schwierige Aufgabe übernommen, die Lockerung der Abtreibungsvorschriften durchzusetzen. Hier zeigt sich die konservative Front in Spanien, in der auch die katholische Kirche eine große Rolle spielt und offen politisch Position gegen die sozialistische Regierung bezieht. Nach Umfragen ist die Zustimmung zu dem Gesetz tatsächlich knapp und liegt nur bei rund 50 % bei gleich hoher Ablehnung. Dabei sieht das Gesetz eigentlich nur eine realistischere Ausrichtung vor, denn was nun offiziell erlaubt werden soll, ist in Spanien bereits längst gängige Praxis.

Diese Diskussion wird aber genauso emotional geführt, wie beispielsweise die über den Stierkampf. Als es in der *Comunidad Autónoma* Katalonien zu Schritten kam, die ein Verbot des Stierkampfes nach sich ziehen

könnten, sprachen spanische Medien teils gar von einer Zwangskastration der spanischen Kultur. Mal abgesehen davon, dass die ständige Diskussion über die Autonomie einiger Regionen weiterhin besteht und durch das aktuell umstrittene Autonomiestatut Kataloniens noch einmal neue Brisanz erhalten hat.

Eine weitere Frage, die immer wieder in der Diskussion auftaucht, ist die Frage des Bestandes der Monarchie in Spanien. Zwei Tage nach dem Tod des Diktators Franco am 20. November 1975 wurde Juan Carlos zum König gekrönt, so wie es auch die Bestimmungen des *Caudillo* vorgesehen hatten. Dementsprechend vorbelastet, hatte der König erst das Vertrauen der Bevölkerung endgültig gewonnen, als er bei dem Militärputsch unter Oberst Tejero am 23. Februar 1981 beherzt eingriff und die Demokratie entschieden verteidigte. Seitdem ist die Frage, ob Spanien Monarchie sein sollte, vorerst kein Thema mehr. Immer wieder aber wird beschworen, die SpanierInnen seien Juan Carlismen, aber keine Monarchisten. Offen wird in Frage gestellt, ob wenn der 1938 geborene König einmal sterben wird, sein Sohn Felipe, dann wirklich die Krone übernehmen darf oder eine Verfassungsänderung durchgeführt werden sollte, die aus Spanien eine Republik machen würde. Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass dies auch die Meinung einiger flammender Anhänger des

gegenwärtigen Königs ist und so wird es unter Umständen Felipes ganzes Fingerspitzengefühl brauchen, um Spanien im Falle des Todes seines Vaters eine friedliche Zukunft zu bereiten.

Was nun die SozialistInnen angeht, unsere Genossinnen und Genossen auf der iberischen Halbinsel, so hat man für die Niederlagen der SPD in Deutschland neben Mitleid durchaus auch Häme übrig gehabt. Wieso sollte die SPD erwarten können, dass sie noch gewählt wird, wenn sie doch gar nicht mehr sozial sei, hat man sich hier offen gefragt. Mal abgesehen davon, dass hier in der Partei damit eine Meinung vorherrscht, die mittlerweile auch in Deutschland in Teilen geteilt wird, sollte sich Zapatero dies noch einmal genauer vor Augen führen: Mehrwertsteuererhöhung, Erhöhung des Renteneintrittsalters bei gleichzeitiger Jugendarbeitslosigkeit von 40 %. Diese Diskussionen kommen uns seltsam vertraut vor. Es bleibt spannend, welchen Weg Spanien unter der Regierung Zapatero einschlagen wird. Zapatero hat mit seiner Partei ein Sparpaket auf Druck der Börsen und anderer Staaten auf den Weg gebracht, dass harte Einsparungen besonders für den öffentlichen Dienst und die RuheständlerInnen vorsieht. Aber auch der Baby-Check (2500 Euro für jedes geborene Baby), eine der ganz wenigen familienpolitischen Leistungen in Spanien und eines der zentralen Wahlkampfversprechen

Zapateros, soll wieder einkassiert werden. Parallel dazu werden nun aber wohl auch die Reichen der spanischen Gesellschaft einen stärkeren Beitrag leisten, so zumindest die Diskussion. Das bisherige Sparpaket aber wurde nur mit den Stimmen der PSOE beschlossen. Zapatero hatte also nur eine relative Mehrheit und damit keine absolute Mehrheit im Parlament mehr hinter sich. Neuwahlen 2011 (regulär wäre Frühjahr 2012) können nicht mehr ausgeschlossen werden. Nach derzeitigen Umfragen wäre dies fatal für die PSOE und würde einen Regierungswechsel nach sich ziehen. Auch wenn Oppositionsführer Rajoy in Umfragen weiterhin deutlich schlechter bewertet wird als Regierungschef Zapatero.

Immer wieder begegnet einem auch die These von den immer noch existenten zwei Spanien. Tatsächlich hat bereits der Spanische Bürgerkrieg 1936 – 1939 das Land, und in Teilen auch die Familien, gespalten. Die Unterscheidung in Nationalisten, als Anhänger des Putschisten Franco, und Republikaner hat damals klare Fronten geschaffen und während die einen nach dem Sieg Francos profitierten, blickten die anderen in Perspektivlosigkeit oder mussten gar ihr Leben lassen, Folter ertragen oder hinter Gittern ihr Leben fristen.

Aber existieren heute wirklich noch zwei Fronten in Spanien? Ohne Zweifel werden die politischen Diskussionen hier härter

geführt als in Deutschland. Teils gleiten Sie aber auch ins Polemische ab. So unterstellte vor wenigen Wochen ein hoher Vertreter der Oppositionspartei PP (rechts-konservative Volkspartei) Zapatero, er habe ähnliche Ziele wie die ETA (die hier natürlich auch ein Dauerthema ist), nämlich die Schwächung Spaniens. Unterstützung er-

hielt er dafür immerhin von dem gegenwärtigen PP-Chef Rajoy und dem ehemaligen Regierungschef Aznar. Gleichzeitig ist Korruption hier immer wieder präsent. Nicht nur im Wirtschaftsbereich, derzeit vor allem im Zusammenhang mit dem Platzen der Immobilienblase, sondern auch in den Parteien. Vor Kurzem wurde die Verwicklung des ehemaligen Ministerpräsidenten der Balearen in einen solchen Skandal aufgedeckt, den Bau der Palma-Arena betreffend. Und auch die Vorwürfe gegen den Valencianer Camps (PP) reißen nicht ab. Aber auch der caso „Gürtel“ und die Auseinandersetzungen um den Richter Garzon (der u.a. Pinochet verklagte und gegen den nun eine Klage der faschistischen



José Luis Rodríguez Zapatero

Falange-Partei möglich ist) sind ein heftig diskutierter Dauerbrenner. PP und PSOE, die beiden großen Volksparteien in Spanien, die seit 1982 regierten (1982 – 1996 PSOE unter Gonzalez, 1996 – 2004 PP unter Aznar, seit 2004 PSOE unter Zapatero) sind kaum zur Zusammenarbeit fähig. Spaniens Medien ersehnen immer wieder Konsens und Zusammenarbeit zum Wohl des Landes und doch ist durch diese klaren Unterschiede die Bevölkerung, so scheint es, politisierter. Als ein grundsätzlich in Deutschland-Lebender jedenfalls wünscht man sich ähnlich klare Unterschiede auch in Deutschland bei den Parteien mal wieder zu erleben.

Götz Borchert

Das Land spart – wie verantwortungsvoll!

Am 25.05. hat die Schleswig-Holsteinische Landesregierung die Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission veröffentlicht, das sogenannte „Sparkonzept“. Schon der Titel ist hierbei natürlich nicht zufällig gewählt.

Das Wort „sparen“ suggeriert, dass im Grunde genug bzw. zu viel Geld vorhanden ist und mensch deshalb etwas auf die hohe Kante legen (→sparen) kann. Dieser Begriff ist im Allgemeinen positiv besetzt, da mensch ja vorausschauend handelt und für zukünftige Zeiten vorsorgt. Jedoch muss hierzu auch etwas übrig sein, was gespart werden kann. Nur ist im Landshaushalt natürlich nichts übrig. Deshalb handelt es sich auch nicht um ein ‚Spar‘konzept, sondern um ein ‚Kürzungs‘konzept, aber das klingt dann natürlich nicht mehr so nett.

Des Weiteren fällt die mangelnde Diskussion über den Sinn des „Sparens“ auf. Das Kürzen an allen Ecken und Enden wird als alternativlos dargestellt, eine Diskussion hierüber findet nicht statt. Es wird gar nicht erst versucht, die beschlossenen Maßnahmen argumentativ zu begründen oder zu verteidigen, es wird nur gebetsmühlenartig auf den vermeintlich vorhandenen Sparzwang verwiesen. Eine solche Vorgehensweise sollte generell mißtrauisch stimmen, denn alternativlos ist eine Entscheidung nie. Selbst unter der Annahme,

dass die vorgeschlagenen Maßnahmen sinnvoll wären, gibt es immer Alternativen zu diesen und diese müssen auch klar genannt werden. Das Kürzen ist daher eine politische Entscheidung und kein von höheren Mächten bestimmter Handlungszwang.

Außerdem wird das Grundproblem der zu knappen Kassen ausschließlich auf der Ausgaben-seite gesehen; um das Defizit zu reduzieren müssten die Ausgaben massiv gekürzt werden. Aber natürlich gibt es auch hierzu eine Alternative, und diese liegt auf der Einnahmenseite. Das Land braucht dringend höhere Einnahmen, um die notwendigen Aufgaben adäquat erfüllen zu können. Dies wird jedoch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Zu nennen wären hier zum Beispiel die Projekte der schwarz-gelben Bundesregierung, vor allem das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ kostet das Land über die nächsten Jahre einen dreistelligen Millionenbetrag. Diesem Gesetz hat Schleswig-Holstein im Bundesrat zugestimmt. Jetzt im Bildungs- und Sozialbereich ähnliche Summen zu kürzen ist mehr als scheinheilig.

In diesem Sinne muss auch die kürzlich vom Landtag beschlossene „Schuldenbremse“ kritisch betrachtet werden. Natürlich kann es nicht Sinn und Zweck einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik sein, jedes Jahr ein ausuferndes Defizit zu

produzieren. Das generelle Verbot eines solchen Defizits halten wir jedoch für genauso falsch. In bestimmten Situationen und für bestimmte Ausgabenbereiche kann die Aufnahme von Schulden durchaus sinnvoll sein, um zum Beispiel Investitionen zu tätigen oder Projekte im Bildungsbereich zu finanzieren. Dies kann längerfristig die bessere Alternative sein, anstatt diese Ausgaben aus Geldmangel nicht zu tätigen.

Inhaltlich können weite Passagen des vorgelegten Kürzungsplanes gar nicht scharf genug kritisiert werden. Gespart wird bei sozialen Initiativen, Verbänden und Organisationen, bei den Hilfen für benachteiligte Menschen und in der Gleichstellungsarbeit. Viele Initiativen stehen vor dem Aus, da sie ohne Landeszuschüsse nicht überleben können. Dabei kommen jedoch oft nur lächerliche Summen als „Einsparergebnis“ heraus. Das ist kein verantwortungsvolles Sparen, das ist einfach unmoralisch!

Des Weiteren wird massiv in der Bildung gespart. Dies widerspricht nicht nur sämtlichen Wahlversprechen beider an der Regierung beteiligten Parteien, sondern ist auch moralisch und rational einfach falsch. So wird beispielsweise die Bezuschussung der Schülerbeförderung komplett gestrichen. Es trifft wie so oft die sowieso schon finanziell benachteiligten Familien, für die die Kosten einer Monatskarte

für den Bus eine ganz erhebliche zusätzliche Belastung darstellt.

Mit der größte Posten sind jedoch die Weichenstellungen im Hochschulbereich. In Flensburg werden die kompletten Wirtschaftswissenschaften gestrichen und die Universität damit faktisch zu einer Pädagogischen Hochschule degradiert. In Lübeck sollte ursprünglich die komplette medizinische Fakultät geschlossen werden. Durch die geringe Größe der Uni, den hohen Anteil der Medizin-Studierenden und die enge Verzahnung der anderen angebotenen Studiengänge mit der Medizin würde dies längerfristig das Aus für den Hochschulstandort Lübeck bedeuten. Im Zuge dessen soll dann auch mindestens der Lübecker Teil des Universitätsklinikums an private Investoren verschertelt werden. Gleichzeitig stehen für die Bewerbungen zur Exzellenzinitiative mehrere Millionen Euro zur Verfügung, zusätzlich soll die Forschung mit einem

zwei- bis dreistelligen Millionenbetrag gefördert werden. Es wird offensichtlich, dass die Studierenden hier nicht als Priorität gesehen werden. Dass gegen diese Pläne am 16.06. in Kiel etwa 14.000 Studierende, DozentInnen, MitarbeiterInnen und Bürger aus Lübeck, Kiel und Flensburg in einer der größten Demonstrationen der letzten 30 Jahre protestierten, zeigt wie viel Wut diese Entscheidungen bei den Betroffenen hervorrufen, und das zu Recht. Ganz abgesehen von wirtschaftlichen Überlegungen brauchen wir in Zukunft mehr Studienplätze, anstatt diese zu tausenden abzubauen. Es muss mehr Menschen als bisher ein Hochschulstudium ermöglicht werden. Insbesondere denen, deren Eltern nicht diese Chance bekamen, denn diese Studierenden haben momentan noch einen viel zu geringen Anteil. Auch angesichts der Tatsache, dass die Studienanfängerzahlen in den nächsten Jahren steigen und dann längerfristig auf hohem

Niveau verbleiben werden, verbietet sich ein solcher Kahlschlag, wie ihn die Landesregierung plant, eigentlich von selbst. Für die Medizinausbildung in Lübeck zeichnet sich allerdings inzwischen eine Lösung ab. Der Bund ist anscheinend bereit, die benötigten 125 Millionen Euro zu finanzieren. Dies soll durch Strukturänderungen am IFM-Geomar und Zuschüsse für neue Gebäude und ein Forschungsschiff geschehen. Momentan wäre dies aber noch mit immensen Nachteilen für die beteiligten Institute und die Uni Kiel verbunden, ganze Studiengänge stehen auf der Kippe. Ob dies verhindert werden kann, ist zur Zeit noch unklar.

Alles in allem darf dieses Kürzungspapier nicht das letzte Wort sein. Wir rufen daher dazu auf, sich an den Protesten gegen diese Pläne zu beteiligen und auf die Abgeordneten vor Ort Druck auszuüben.

Nico Lindemann

Sigmar, warum schreibst Du mir nicht?

Wie wir die SPD erneuern und Thomas seine versprochene Antwort erhält.

„(...) Glaubt mal nicht, dass ihr nach Hause fahren könnt und wir die Arbeit machen. Das geht nur, wenn wir das zusammen machen. Es wird jetzt immer nach mehr Basisdemokratie gerufen. Das heißt auch: mehr Arbeit. Macht euch keine Illusionen.“

War es eine Drohung? Wohl

kaum. Der Primus der Partei hat uns einen Wunsch von den Lippen abgelesen: Die SPD, das sollen wir sein. Eine Partei als Summe ihrer Teile. Eine Direktverbindung vom OV-Kronshagen in die Chefetage des Willy-Brandt-Hauses. Die Anrede Genossin und Genosse „(...)als Zeichen innerer Verbundenheit, als Symbol für Gleichheit in der Partei, egal ob

Bundeskanzler oder Mitglied im Ortsverein oder in der Arbeitsgemeinschaft (...)“.

Doch die Leitung ist tot.

Im Januar hat der SPD-Parteivorstand ein Arbeitsprogramm beschlossen. Die Ausformulierung dessen, was uns auf dem Parteitag angekündigt worden ist.

BRIEFWECHSEL

In sechs sogenannten Zukunftswerkstätten geht es um die Fragen unserer Zeit: Bildung, Arbeit, Innovation, Umwelt, Integration, Familie und das gute sichere Leben.

Um mit jedem Missverständnis aufzuräumen, arbeiten diese Werkstätten nicht daran, dass die Zukunft kommt. Die kommt mit eiserner, physikalischer Gewissheit ohnehin. Diese Werkstätten arbeiten mit den Mitteln des Hamburger Programms an der Gestaltung dessen, was da kommt. Sie sollen somit den Weg zum demokratischen Sozialismus vorbereiten – auch wenn das so niemand sagt. Insgesamt sprechen diese Werkstätten bisher sowieso nicht viel. Zumindest nicht mit uns. Das heißt nicht, dass sie nicht arbeiten. Das heißt einfach, dass sie nicht mit uns arbeiten. Vielmehr kann man im Vorwärts nachlesen, dass die Zukunftswerkstatt „Integration“ eine Gruppe ist „(...) zu der nicht nur Parteifunktionäre gehören.“ Wer nun aber neben Klaus Wowereit und Kenan Kolat dazugehört, wird nicht verraten.

Genosse Gabriel hat in seiner vorausseilenden Weitsicht auch dazu schon etwas gesagt:

„Wir dürfen uns nicht in die Vorstandsetagen und Sitzungsräume zurückziehen. Unsere Politik wirkt manchmal aseptisch, klinisch rein, durchgestylt, synthetisch. Auch das müssen wir ändern. Wir müssen raus ins Leben, dahin, wo es laut ist, dahin, wo es brodeln, dahin, wo es manchmal

riecht, gelegentlich auch stinkt. Wir müssen dahin, wo es anstrengend ist, liebe Genossinnen und Genossen, weil nur da das Leben ist, wo es anstrengend ist. Nur da, wo es anstrengend ist, da ist das Leben!“

Wir sind da, wo es brodeln, wo es stinkt.

Auch wenn die Sitzungsräume des Willy-Brandt-Hauses vermutlich nach der Benutzung durch die Mitglieder der Zukunftswerkstätten ganz und garnicht aseptisch riechen, Berlins Kreuzberg ein Problem mit Hundekacke hat und wir alle zumindest bei facebook in Kontakt mit Gabriel treten können, widerspricht der bisherige sogenannte Neuanfang im Kern seiner Forderung.

All die Konzepte der Programmkommissionen, Zukunftswerkstätten, Denkfabriken der letzten Jahre haben sich vielmehr die Kampagnenfähigkeit der Partei zur Aufgabe gemacht als die innerparteiliche, demokratische Meinungsfindung und -bildung. Manche sagen, dass wir den neuen, alten Funktionären Zeit geben müssen, damit sie sich in der Oppositionsrolle zurechtfinden und Ideen entwickeln können, um die Partei zu demokratisieren. Damit sie die Fehler von damals erkennen und ihre Schlüsse daraus ziehen. Schließlich wurde Rom auch nicht an einem Tag erbaut.

Doch ist dieser Ansatz nicht im Kern falsch? Ist es nicht falsch

auf die Demokratisierung zu warten und sich abzeichnende, gönnerhaft-undemokratische Tendenzen, wie die Zukunftswerkstätten, an denen natürlich nicht nur Parteifunktionäre teilnehmen, hinzunehmen, denn sie werden ja schon wissen, was sie tun? Schließlich ist die SPD auch nicht Rom?!

Dazu Gabriel: „Wenn ich euch den Rücken zudrehe, dann tut mir das Leid. Gelegentlich muss man auch darauf achten, dass nicht nur moderne Formen gewahrt werden, sondern dass man sich auch noch sieht. Ich fühle mich durch euch im Rücken gestärkt, würde euch derzeit aber lieber Auge in Auge gegenüberstehen.“

Nehmen wir die Worte unseres Vorsitzenden ernst. Stärken wir seinen Rücken und schauen wir ihm in die Augen, wenn wir sagen:

Wo ist die Arbeit?

Und: Warum antwortest Du Thomas nicht?

Zur Auflösung: Auf dem letzten LPT versprach Genosse Gabriel unserem Thomas journalistisches Beweismaterial zur Debatte aus dem Atomausstieg. Es ging darum, dass Rot-Grün sich nicht von der Atomlobby in die Knie hat zwingen lassen. Manch eine/r von uns wird sich noch daran erinnern. Bis heute ist bei unserem Thomas noch kein solcher Artikel eingegangen.

Martin Schmelzer

Bildung ist für alle da!

Am 03.06.2010 fand die von den Jusos und der Jungen Union initiierte Podiumsdiskussion zum Thema Bildung statt. Im Eckernförder Technik- und Ökologiezentrum stellten sich unser Genosse Ernst Dieter Rossmann, Daniel Günther (CDU), Cornelia Conrad (FDP), Björn Thoroe (Die Linke), Catharina Nies (Die Grünen) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) einem fragewütigen Publikum.

Unter der Moderation der Lehrerin Silke Rohwer wurde eine heiße Debatte um Schleswig-Holsteins zukünftige Schulpolitik geführt. Entnervte SchülerInnen und Lehrkräfte machten ihrem Unmut über das bisherige Kuddelmuddel Luft, während Herr Günther und Frau Conrad verzweifelt versuchten, ihrem Standpunkt Sinn und Festigkeit zu verleihen.

Nies, Waldinger-Thiering und Thoroe sprechen sich für die Gemeinschaftsschule als alleiniges Schulsystem aus. Dadurch würden Kosten eingespart, soziales Miteinander gestärkt und Integration gefördert, statt Jugendliche in ein Klassensystem einzuzwängen.

Conrad, Rossmann und Günther meinen, die Gymnasien seien wichtig, um Eltern noch eine Wahl zu lassen und eine

individuelle Förderung der SchülerInnen zu gewährleisten.

Die viel umworbene und von SchülerInnen wie LehrerInnen stark kritisierte G8-Strategie wurde von FDP angeblich nie unterstützt, während die CDU weiterhin an ihr festhält, mittlerweile jedoch vorschlägt, beide Wege zum Abitur parallel laufen zu lassen (sagenumwobenes Y-Modell).

Während sich alle einig waren, dass der Lehrplan dringend

den SSW war es jedoch selbstverständlich, dass in keinem Bereich der Bildung gespart werden dürfe.

Eine konkrete Stellungnahme zu der aktuell überall diskutierten Haushaltskonsolidierung der CDU/FDP gab es leider nicht. Nur der LehrerInnenstreik wurde von Günther aufs schärfste kritisiert, der davon überzeugt ist, dass dies ein Verstoß gegen das Gesetz ist. Auch zur Frage, wie Schulen mehr zur Demokratisierung der SchülerInnen beitragen könnten, verwies er auf bereits bestehende Strukturen, die vollkommen ausreichend seien.

Die Diskussion ist sehr spannend und positiv verlaufen. Aus dem Plenum wurden viele Fragen gestellt, die Debatten waren lebhaft

und machten die Positionen der einzelnen Parteien sehr deutlich. Schade war, dass die Junge Union scheinbar nicht so viel Interesse an der eigenen Mitgestaltung des Diskussionsverlaufes hatte, denn im Gegensatz zu den Jusos, brachte sie keine eigenen Denkansätze mit ein.

Nun bleibt nur noch zu hoffen, dass die von allen viel gepriesene produktive Ruhe in den Schulen bald eintreten wird, denn derzeit kann man von dieser nirgends etwas erkennen.

Juso Orts AG Eckernförde



entrümpelt werden müsse, verweigerten sich die Vertretungen der Regierungsparteien eisern einem schlankeren, einfacheren und besseren Schulsystem. Grund dafür sei (ausnahmsweise mal) der Wille der Eltern, die oftmals nicht bereit seien, ihre Kinder auf eine Gemeinschaftsschule, statt auf ein Gymnasium zu geben.

Hochschulbildung und Kindertagesstätten als Teil der Bildung wurden nur am Rande angesprochen, um den Rahmen der Veranstaltung nicht zu sprengen. Für SPD, Die Grünen, Die Linke und

Wir fragen Dich:



**Ist ein schöner
Mantel es wert?**



**Ist ein robuster
Schuh es wert?**



**Ist ein leckeres
Steak es wert?**

**Was ist ein
Tierleben
Dir wert?**



Wir laden Dich ein nach Berlin
triff Sönke Rix und Sascha Vogt,
besuche das Kanzleramt und die taz
und besichtige die Berliner Unterwelten
vollkommen kostenlos
melde dich unter berlin@jusos-rd-eck.org
um dir einen der Plätze zu sichern

JUSOS
Rendsburg-Eckernförde

Für eine gerechte Welt



Sei dabei!

info@jusos-rd-eck.org

jusos.de/mitmachen/jusomitglied-werden